

Geschichte ohne Grenzen?

Geschichte ohne Grenzen?

Europäische Dimensionen der Militärgeschichte
vom 19. Jahrhundert bis heute

2., erw. und aktual. Auflage

Im Auftrag des
Zentrums für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr
herausgegeben von
Jörg Echternkamp

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Umschlagabbildung:

Stilisiertes Panzer vor der Fahne der EU. Symbolbild zu den Terroranschlägen in Paris und dem Ausnahmezustand in Frankreich (2015),
picture alliance | Ralph Peters

Redaktion: ZMSBw, Potsdam, Fachbereich Publikationen (0775-02)

Satz/Layout: Carola Klinke, Antje Lorenz

Karten: Daniela Heinicke, Yvonn Mechtel, Bernd Nogli und Frank Schemmerling

Lektorat/Bildredaktion: Aleksandar-S. Vuletić

ISBN 978-3-11-138387-3

E-ISBN (PDF) 978-3-11-138415-3

E-ISBN (EPUB) 978-3-11-138445-0

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Library of Congress Control Number: 2024945685

© 2025 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyter.com

Inhalt

Vom Nutzen einer europäischen Militärgeschichte nach der »Zeitenwende«. Eine Einführung <i>Jörg Echternkamp</i>	1
I. Militärhistorische Grundzüge bis 1989/90	
Europäische Militärgeschichte vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Kalten Krieges <i>Georges-Henri Soutou</i>	25
II. Krieg und Frieden in Europa	
Die Napoleonischen Kriege und ihre Folgen <i>Michael Rowe</i>	37
Der Erste Weltkrieg als industrieller Volkskrieg <i>Roger Chickering</i>	47
Stalingrad, die Landung in der Normandie und die Befreiung Europas <i>Jean-Luc Leleu</i>	55
Die Logik des Kalten Krieges: Fähigkeiten, Absichten, Wahrnehmungen <i>Jan Hoffenaar</i>	67
Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – eine Bühne der rumänischen Sicherheitspolitik <i>Carmen Rijnoveanu</i>	77
Völkerrecht und Verbrechen in europäischen Kriegen des 20. Jahrhunderts <i>Peter Lieb</i>	87
Europäische Friedensbewegungen seit dem 19. Jahrhundert <i>Holger Nehring</i>	97

III. Militärisch-zivilgesellschaftliche Verflechtungen

- Militär, Politik und Industrie in Europa:
Zur Entstehung des militärisch-industriellen Komplexes
Michael Epkenhans 111
- Der Russische Bürgerkrieg 1917–1922
Karsten Brüggemann 123
- Der Spanische Bürgerkrieg als europäisches Ereignis?
Carsten Humlebæk 133
- Die Schweizer Armee: Ein europäischer Sonderfall? Wehrpflicht,
Bewaffnung und Kampfführung im Wandel der »militärischen Revolutionen«
Rudolf Jaun 143
- Die französische Fremdenlegion als multinationale Söldnertruppe:
Sonderfall oder Vorbild in der europäischen Militärgeschichte?
Eckard Michels 151
- Veteranen und Versöhnung. Der Verband der Heimkehrer
und die deutsch-französische Freundschaft
Christiane Wienand 161
- ### IV. Militär in Europa: Selbst- und Fremdbilder
- Der Feind im Osten. Gewalt, Propaganda und Kultur an der Ost-
und Südostfront im Ersten Weltkrieg
Maciej Górny 173
- Wie national waren E- und U-Musik im Zweiten Weltkrieg? Musikalische
Aufführungen zwischen nationaler Abgrenzung und europäischer Anglei-
chung
Sven Oliver Müller 183
- Schlachtfelder als Erinnerungsorte? »Geschichtstourismus«
in West- und Osteuropa heute
Bernd Mütter 193
- Lange Schatten der Erinnerungen:
Gewalterfahrungen des Ersten und Zweiten Weltkrieges
im historischen Bewusstsein der Generationen im 20. Jahrhundert
Mary Fulbrook 203

Der Krieg in Europa im amerikanischen Film <i>Andreas Etges</i>	213
V. Europäische Streitkräfte in militärpolitischen Bündnissen	
Bündnisse auf Zeit. Siege und Niederlagen von Koalitionen europäischer Staaten bis 1945 <i>Günther Kronenbitter</i>	225
Integration = Sicherheit? Europäische Einheit, Atlantische Allianz und Sicherheitspolitik 1945–1989 <i>Massimo de Leonardis</i>	233
Ein schwarzer Tag für Europa? Idee und Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (1950–1954) <i>Corine Defrance/Ulrich Pfeil</i>	243
Bündnisse, die Hauptakteure des Kalten Krieges. Die NATO und der Warschauer Pakt <i>Winfried Heinemann</i>	253
VI. Europa in außereuropäischen Zusammenhängen	
Die militärischen Beziehungen zwischen den USA und Europa <i>Donald Abenheim</i>	269
Russland als Militärmacht im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts <i>Boris Khavkin</i>	311
Humanitäre Interventionen im Spiegel der britischen Politikdebatte – nationales Eigeninteresse oder internationale Verantwortung? <i>Matthew Jamison</i>	321
VII. Nach dem Ende des Kalten Krieges	
Europa und die Auflösung Jugoslawiens (1991–1995) <i>Leopoldo Nuti</i>	331
Kein »ewiger Friede«: Die regelbasierte europäische Friedensordnung von 1990/91 und ihr Niedergang <i>Tim Geiger</i>	341

Anhang

Abkürzungen	359	
Grafiken, Karten und Tabellen	361	
Auswahlbibliografie	363	
Ortsregister	377	
Personenregister	381	
Autorinnen und Autoren		387

Vom Nutzen einer europäischen Militärgeschichte nach der »Zeitenwende«. Eine Einführung

Die Europäische Union ist zwar nicht Europa. Doch spätestens mit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 beherrscht der Staatenbund aus 27 europäischen Staaten die Debatte, wenn es um den epochalen Bruch der internationalen Ordnung nicht zuletzt für den Kontinent geht. Die Europäische Union (EU) ist mehr denn je als sicherheitspolitischer Akteur in einer geopolitischen Lage gefragt, in der sich die europäische und internationale Sicherheitspolitik längerfristig ändern wird. Die militärische Katastrophe – ein verbrecherischer Krieg in Europa, der sogar die Gefahr einer nuklearen Eskalation barg – reihte sich neben andere, noch lange nicht bewältigte Krisen. Die Flucht Hunderttausender Menschen vor Armut, Gewalt und Naturkatastrophen gehört ebenso zu diesen Herausforderungen wie der Klimawandel und die zunehmende Polarisierung zwischen autokratischen und freiheitlich-demokratischen Staats- und Gesellschaftsformen. Auf diese Anhäufung von Krisen, die von einer Pandemie noch verstärkt wurden, reagierten (und reagieren) viele Menschen mit nationalistischen Reflexen. Doch auch das Gegenteil traf zu. Die Aggression gegen die Ukraine haben Europäer und Europäerinnen nicht nur in Osteuropa als eine Attacke auf ihre eigene Sicherheit empfunden. Der Wille zur Verteidigung der gemeinsamen Werte führte zu einer koordinierten Reaktion der westlichen Staatengemeinschaft, die kurz zuvor unvorstellbar gewesen wäre. Dabei ging (und geht) es nicht nur um territoriale Integrität, sondern in einem weiteren Sinne um die Chance eines selbstbestimmten Lebens in Recht und Freiheit.

Die Sicherheitspolitik der EU hatte in der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre unerwartete Anstöße erhalten: durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU am 31. Januar 2020, durch die isolationistische Haltung der US-Administration unter Donald Trump 2017–2021, durch die russische Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim im Frühjahr 2014. Seitdem hat die EU, die 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden war, ihre Bemühungen verstärkt, (auch) als Militärmacht auftreten zu können. Die EU rüstet auf. Einer gemeinsamen Verteidigungspolitik stand und steht indes die nationale Souveränität in der Sicherheitspolitik gegenüber. Inwieweit Europas Staaten und Gesellschaften bereit sind, nicht nur ökonomische und ökologische Probleme, sondern auch ihre Verteidigung gemeinsam anzugehen, wird sich zeigen. Die Herausforderung für das europäische Projekt liegt auf der Hand. Die Frage nach dem Selbstverständnis der Europäer und ihrer Bereitschaft, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreichte regelbasierte Ordnung zu sichern, lenkt unseren Blick stärker noch als zuvor auf die militärische, gewaltsame Dimension der europäischen Geschichte. Wie steht es mit der europäischen »Identität« und der Vergangenheit, die sie womöglich begründet? Was macht eine Geschichte aus, die über die Vergangenheit des (eigenen) Nationalstaats hinausgeht? Wie entwickeln Historiker gemeineuropäische Zusammenhänge?

Von einem Band, der Beiträge zu einer *europäischen* Militärgeschichte versammelt, dürfen die Leserinnen und Leser zunächst einmal Antworten auf diese Fragen erwarten. Gleiches gilt für die Auskunft über die methodischen Überlegungen, die dem Band zugrunde liegen und die Auswahl der Beiträge begründen. Das gilt allemal, wenn der Band in didaktischer Absicht auf den Weg gebracht wurde und in erster Linie auf die historisch-politische Bildung zielt.

Eine europäische Militärgeschichte muss daher die aus heutiger Sicht negativen Kapitel der Geschichte wie auch die verschiedenen, teils entgegengesetzten Erinnerungen an die Vergangenheit gleichermaßen berücksichtigen. So kann der Gefahr begegnet werden, sozialen Zusammenhalt durch einseitige historische Identitätsstiftung schaffen zu wollen. Das vorliegende Buch zur Europäischen Militärgeschichte greift daher ein aktuelles Problem auf, begleitet die Europäisierung der Sicherheitsstrukturen – und ist selbst ein europäisches Kooperationsprojekt.

Deshalb wird im Folgenden, erstens, an die sicherheitspolitische und gesellschaftliche Aktualität des Themas erinnert. Die militärische Multinationalität bildet spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges einen wichtigen Erfahrungshintergrund für das Verständnis von Geschichte und damit eine veränderte Bedingung der historischen Bildung. Die Rückkehr des Krieges nach Europa hat diesem Zusammenhang eine neue Dringlichkeit gegeben. Zweitens sollen einige Überlegungen der Debatte unter Experten über eine europäische Geschichte aufgegriffen und mit wenigen Strichen nachgezeichnet werden. Denn historische Bildung kann nur vermitteln, was die Fachwissenschaft ihr anbietet. Drittens geht es um Folgen für die Art und Weise, wie sich die Streitkräfte in Europa mit der Vergangenheit befassen – zwischen Traditionsstiftung und militärhistorischer *Allround*-Bildung. Schließlich werden, viertens, der Aufbau des Bandes erläutert und die hier versammelten Beiträge in diesen Zusammenhang eingeordnet. Das begründet ihre Auswahl und veranschaulicht zugleich am konkreten Beispiel, worum es methodisch geht.

Militärische Multinationalität: Ein neuer Verständniszusammenhang von Militärgeschichte in den europäischen Streitkräften

Streitkräfte sind ein Teil der Gesellschaft, so lautete lange eine Binsenweisheit. Bemerkenswerter ist die unausgesprochene Annahme, dass hier eine bestimmte, eine nationale Gesellschaft gemeint war. Kein Wunder, bildete doch die Verfügbarkeit über eine eigene Armee ein deutliches Zeichen der Souveränität von Nationalstaaten. Deren Gründungsmythen sind wiederum in vielen Fällen – allemal im preußisch-deutschen Fall – mit kriegerischen Ereignissen aufs Engste verflochten.

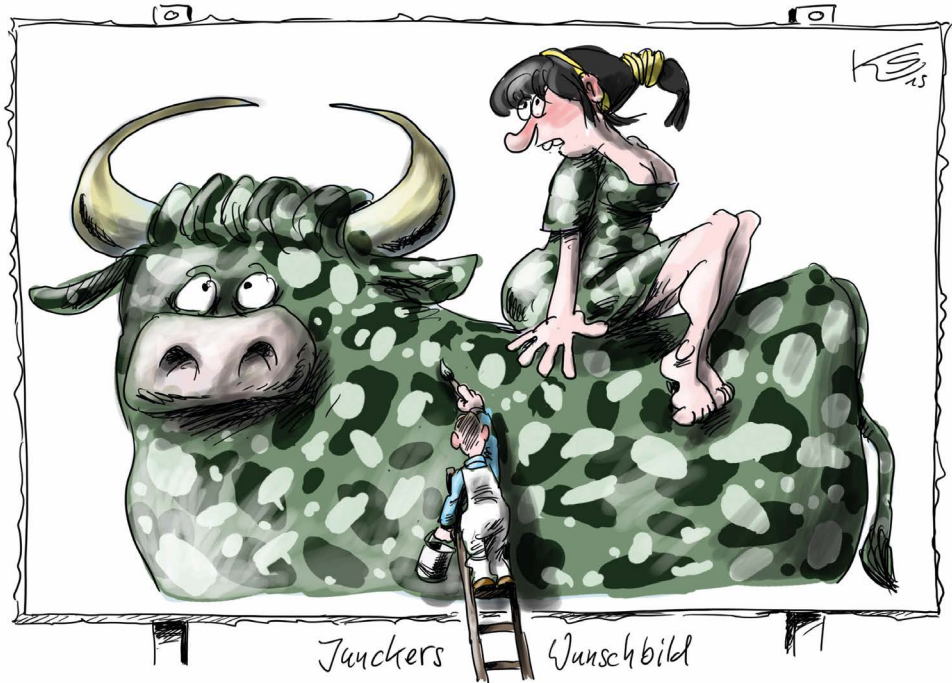
Doch gilt diese Verknüpfung von Militär, Staat und Gesellschaft noch im Zeitalter der Weltgesellschaft? Ob Naturkatastrophen, Kapitalflüsse oder Migration, die Finanzkrise von 2007 bis 2008 oder die Kommunikation im virtuellen Raum des *Cyberspace*: Die Prozesse und Ereignisse, die unser Leben prägen, sind nicht länger national begrenzt. Sie lassen sich auch nicht mehr allein mit nationalpolitischen Instrumenten steuern. Als hätte es noch eines Beweises bedurft, führte die Antwort »des Westens« auf Russlands Krieg gegen die Ukraine den globalen Charakter von Sicherheitspolitik 2022 in aller Klarheit vor Augen. Nationale Gesellschaften sind

zu weltweit Handelnden geworden und längst von globalen Entwicklungen betroffen. Der amerikanische Sozialwissenschaftler David Harvey spricht von einem Zusammenpressen von Zeit und Raum («Time-space compression»): Sein Sprachbild drückt aus, dass sich einerseits die Zeiterfahrung beschleunigt und sich andererseits die Bedeutung von räumlicher Entfernung in einem bestimmten historischen Moment verringert.

Selbst das, was man unter Nationalstaatlichkeit versteht, hat sich seit 1945 radikal verändert, weil diese mit einem gewollten Souveränitätsverzicht einhergeht. Die jüngeren Nationalstaaten unter den europäischen Mitgliedstaaten mussten erfahren, dass die Nationalstaatlichkeit, die sie erlangt haben, nicht mehr dieselbe ist wie die der älteren Nationen. Die Soziologen sprechen daher heute von »postsouveränen Nationalstaaten« (Ulrich Bielefeld). Als »postsouverän« lassen sie sich bezeichnen, nicht weil sie ihre staatliche Unabhängigkeit verloren haben, sondern »weil sie sich die Fiktion der Souveränität zu Bewusstsein gebracht haben«. Weil sie wissen, dass ein Festhalten an der überkommenen Nationalstaatlichkeit sie teuer zu stehen käme, verzichten sie auf einen Teil ihrer Souveränität. Zugleich bestehen sie als Staat und als Nation weiter. Dass Schweden und Finnland am 18. Mai 2022 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO gestellt haben, ist in diesem Zusammenhang zu lesen.

An dieser Schnittstelle von nationalen und übernationalen Zusammenhängen befindet sich auch das Militär. Seit den 1990er-Jahren haben sich die Streitkräfte grundlegend verändert. Zu den Antriebskräften dieser Entwicklung zählen: die Globalisierung in Raum (Verkehr) und Zeit (Kommunikation), die Transnationalisierung (die grenzübergreifende Zusammenarbeit von nicht-staatlichen, transnationalen Akteuren untereinander und mit staatlichen Akteuren) sowie die Internationalisierung (die Steuerung durch überstaatliche Institutionen). Auf vielfältige, noch zu erläuternde Weise stehen die Streitkräfte des einen Staates zu denen der anderen in einem Wechselverhältnis, sei es des Konflikts, sei es der Kooperation. Seit 1945 ist die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik ein Teil des europäischen Einigungsprozesses. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde diese Zusammenarbeit auch auf Osteuropa ausgeweitet. Dazu diente zunächst das 1994 eingeführte NATO-Programm *Partnership for Peace* (PfP), das in seiner ersten Phase darauf zielte, durch Kooperation mit europäischen Staaten jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs die Sicherheit Europas zu stärken.

Zwei Betrachtungsebenen und Entwicklungstendenzen lassen sich für die weitere Überlegung unterscheiden: erstens der Aufbau multinationaler Verbände, zweitens der Wandel von Selbstverständnis und Interaktion der Soldaten im Binnenverhältnis als die zentrale Folge. Die förmliche Integration der Streitkräfte zeigt sich – das ist der *erste Punkt* – in der zunächst fallweisen, dann dauerhaften Beteiligung nationaler Truppen an multinationalen Verbänden. Die Einrichtung multilateraler Verbände, die dauerhaft zusammenarbeiten, ist deshalb Teil des Wandels in der NATO und unter europäischen Ländern, der nationale Streitkräfte in der Regel auf Korpsbene »multinationalisiert«. Die Deutsch-Französische Brigade, das Eurokorps oder das Deutsch-Niederländische Korps sind ältere Beispiele. Seit 2007 gibt es die »EU Battlegroups« für den Ersteinsatz in Krisengebieten. Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise machte sich 2015 EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker für die Gründung einer gemeinsamen europäischen Armee stark – nicht zuletzt als symbolisches Signal für das friedliche Miteinander der EU-Staaten und für ihre Bereitschaft zur »Verteidigung



»Junckers Wunschbild«. Karikatur von Klaus Stüttmann, 9.3.2015, <http://www.stuttman-karikaturen.de>

der Werte der Europäischen Union«.¹ Im November 2016 schlug die Kommission vor, einen Europäischen Verteidigungsfonds einzurichten. Im März 2022 verabschiedeten die Diplomaten den »Strategischen Kompass«, ein Grundsatzdokument, in dem das Ziel der »strategischen Autonomie« formuliert wird. Das eigenständige Auftreten der EU kann indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mitgliedstaaten auf die Kapazitäten und Fähigkeiten der NATO und der USA angewiesen bleiben.

Die internationale Verflechtung zeigte sich auch in den EU-Operationen: 2003 startete die EU die Polizeimission in Bosnien und Herzegowina (EUPM). Das war nach eigener Aussage ihre erste Operation im »zivilen Krisenmanagement«. Im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) wurden allein 16 Operationen bis 2006 gestartet, von denen vier erfolgreich abgeschlossen wurden. Ab 2004 erweiterte die EU die Bandbreite ihrer bislang auf militärische und polizeiliche Aufgaben begrenzten Missionen. Die Einsatzgebiete reichten vom westlichen Balkan über den Mittleren Osten, Afrika und den südlichen Kaukasus bis nach Südostasien. Die multinationalen Verbände dienten nicht nur oder nicht mehr zur Verbesserung der Sicherheit in Europa selbst. Sie bereiteten auch Friedensmissionen außerhalb Europas vor und fungierten damit, politisch gesehen, als Werkzeug einer Sicherheits- und Außenpolitik, die nicht zwingend von der nationalen Bedrohung ausging. Das hat sich mit der russischen Aggression geändert. Für die Bundesrepublik ging eine 30-jährige sicherheitspolitische Ära der Auslandseinsätze dem Ende entgegen. Der dramatische Abzug aus Afghanistan 2021 wird in Erinnerung bleiben. Landes- und Bündnisverteidigung traten nun in den Vordergrund.

Spätestens seit der Finanzkrise 2007/08 werden immer häufiger auch wirtschaftliche Zwänge für den Aufbau einer EU-Armee angeführt. Der *European Council on Foreign Relations* hat ausgerechnet, dass ein Großteil der jedes Jahr von den Mitgliedstaaten in ihre nationale Verteidigung investierten 200 Mrd. Euro verschwendet wird. Kostensparend würde sich dagegen beispielsweise die zentrale Beschaffungspolitik für Europäische Streitkräfte auswirken. Insofern ist die Aufstellung gemeinsamer Truppen auch ein Sparmodell.

So sind sicherheitspolitische, außenpolitische und wirtschaftliche Gründe nationale Antriebskräfte für eine Weiterentwicklung der militärischen Multinationalität auf europäischer Ebene. Diese militärische Entwicklung lässt sich umgekehrt auch von außen, aus dem europapolitischen Blickwinkel betrachten. Als *das* Integrationsprojekt im Europa des 21. Jahrhunderts gilt vielen die ESVP. Bereits 1999 auf dem Kölner EU-Gipfel wurde dieses Projekt auf den Weg gebracht. Nach der Umsetzung der Europäischen Währungsunion sahen Politiker und Wissenschaftler die größte Aufgabe der EU darin, sich als ein Akteur auf der sicherheitspolitischen Bühne zu präsentieren. Ende 2017 wurde die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU durch die Schaffung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (engl. *Permanent Structured Cooperation*, PESCO) weiterentwickelt.

Der *zweite Punkt* betrifft die einzelnen multinationalen Verbände. Mit zunehmender Multinationalität und weltweitem Einsatz stehen Soldaten zunehmend in einem Spannungsverhältnis zwischen althergebrachten und ganz neuen Rollen. Militärsoziologen sind bereits Ende der 1990er-Jahre zu der Einschätzung gelangt, dass die Entwicklung des militärischen Multilateralismus eine »enorme Herausforderung« für die Soldatinnen und Soldaten sowie die *military culture* darstellt. Denn die neuen Vorstellungen militärischer Zusammenarbeit übersteigen das traditionale Rollenverständnis der Streitkräfte – Abschreckung und Verteidigung – und das ältere, nationale Selbstverständnis des Soldaten.

Ein Seitenblick auf die Militärgeschichte zeigt, dass Streitkräfte in vielen Kriegen, die Weltkriege eingeschlossen, für oder gegen Koalitionen von Staaten und ihre Armeen gekämpft haben. Die NATO ist das geläufige Beispiel einer solchen internationalen Sicherheitsorganisation, von der sich einzelne Staaten einen Gewinn an nationaler Sicherheit versprechen. Zuletzt waren das die ost- und südosteuropäischen Staaten. Ein kontrafaktisches Argument lautet daher: Wäre die Ukraine 2022 – wie es ihre politische Führung gefordert hatte – Mitglied der NATO gewesen, hätte es keinen russischen Angriff gegeben. Entgegen dieser auf Dauer angelegten, keineswegs konfliktfreien Form militärischer Zusammenarbeit stellte der eher kurzfristige militärische Multilateralismus etwa in Somalia die an den Operationen beteiligten militärischen Kontingente vor ungleich größere Probleme. Das zeigt in erster Linie die konkrete Schwierigkeit, die erforderliche Verständigung herzustellen, zu der unter anderem die Probleme der verschiedenen Sprachen und der kulturellen Unterschiede gehören. Das neue Berufsbild der Soldatinnen und Soldaten beruht deshalb zum einen »nicht primär auf Patriotismus und nationaler Verpflichtung, [sondern] auf einer Art humanitären Kosmopolitismus, der nationalen Interessen nicht widerspricht, sondern sie übersteigt«.² Zum anderen ist die Fähigkeit, das Selbstbild und die militärische Kultur der Anderen zu verstehen, ein notwendiges Element der Professionalität. Auch von einer höheren Warte aus gilt: Unterschiedliche »strategische Kulturen« erklären die unterschiedliche Bereitschaft zur Kriegführung. Zugleich ist von einem besonderen

europäischen Sicherheitsdenken die Rede, das sich in gemeinsamen Strategien und Programmen ausdrückt.

Ein Weiteres kommt hinzu: Das Modell der Freiwilligenarmee und das Prinzip der Arbeitnehmerfreizügigkeit führen vielleicht in Zukunft dazu, dass Bürgerinnen und Bürger eines EU-Staates in der Armee eines anderen EU-Landes den Beruf des Soldaten ergreifen, wie das in Belgien und Luxemburg bereits der Fall ist. In Belgien stehen die Streitkräfte seit 2003 allen EU-Bürgern offen; in Luxemburg machen Angehörige anderer EU-Staaten 7 Prozent der Streitkräfte aus. Der Übergang zur Freiwilligenarmee ging in der Regel mit einer stärkeren gesellschaftlichen Mischung der Truppe einher, um das Rekrutierungspotenzial zu erhöhen. Freiwilligenarmeen dienen wie beispielsweise in Großbritannien und Spanien als Instrument zur sozialen Eingliederung von Migranten. Sie spiegeln insofern die Vielfalt der Gesellschaft inzwischen besser wider als eine männlich geprägte und ethnisch einheitliche Wehrpflicht-Armee, in der Migranten nur unterdurchschnittlich und Frauen gar nicht rekrutiert wurden. Die größere Repräsentativität wiederum erhöht die Anerkennung der Truppe nach außen, erschwert jedoch die Integration im Inneren.

Was folgt nun daraus? Das neue Konzept einer korporativen Sicherheit, das den Soldaten neben den alten Aufgaben neue überträgt, erfordert ein Umdenken auch in der militärischen Ausbildung. Das betrifft besonders die historisch-politische Bildung. Vor allem die Notwendigkeit des militärischen Multilateralismus lässt ein neues Ausbalancieren von professionellen Fähigkeiten und politischer Bildung ratsam, ja unausweichlich erscheinen. Hier kommen Historiker und Historikerinnen ins Spiel. Denn Integration setzt ein Mindestmaß an Kenntnis der geteilten Vergangenheit voraus.

Europäisierung der Militärgeschichte: Möglichkeiten und Grenzen neuer Forschungsansätze

Wenn es denn stimmt, dass Politik der historischen Vergewisserung bedarf, dann bliebe auch Sicherheitspolitik ohne militärgeschichtliches Wissen unvollständig. Insbesondere im Fall der Militärgeschichte liegt der Zusammenhang auf der Hand. In den »Erinnerungskulturen« aller europäischen Staaten haben Kriege und Kriegsfolgen einen besonderen Platz. Zahlreiche nationalstaatliche Gründungsmythen nehmen in einem Krieg, in seinem siegreichen Ende oder in der Befreiung von einer Besatzungsmacht ihren Ausgang. Das gilt im 19. Jahrhundert für die Zeit nach den antinapoleonischen Kriegen ebenso wie im 20. Jahrhundert etwa für die vermeintliche Selbstbefreiung der Franzosen 1944.

Dazu gehört spätestens seit den 1990er-Jahren die Einsicht, dass die Europäer nur dann gemeinsam auftreten können, wenn sie sich ihrer Unterschiedlichkeit bewusst sind. In die Irre führt nämlich ein Identitätsbegriff, der eine vermeintliche Gemeinsamkeit von oben als Ziel vorgibt. Aufschlussreicher ist es dagegen zu schauen, ob und inwiefern Menschen ein Selbstverständnis als Europäer entwickelt haben, wie sie sich selbst und die Anderen gesehen haben, vor allem: wie sich ihr Verhältnis zueinander entwickelt hat. Dann wird rasch deutlich, wie sehr das »Projekt Europa«, das im Rückblick gerne verkürzt als eine Erfolgsgeschichte hingestellt wird, durch historische Brüche geprägt ist. Das Europa der Freiheit und Sicherheit, das die Staatsmänner

nach dem Zweiten Weltkrieg ausgerufen haben, ist ohne die gewaltsamen Konflikte des 19. und 20. Jahrhunderts nicht zu verstehen. Zum Nachdenken über Europa in der Gegenwart gehört es deshalb auch, sich diese Zwiespältigkeit der Vergangenheit vor Augen zu halten.

Noch eins kommt hinzu: Ein Gefühl der Gemeinsamkeit setzt gemeinsame Erinnerung voraus. Ohne eine geteilte Vorstellung von der »eigenen« Vergangenheit bleibt die gemeinsame Identität eine leere Hülse. »Kollektive Identitäten« speisen sich aus dem historischen Bewusstsein derer, die sich gewissermaßen für das Identifikationsangebot interessieren, das ihnen Politiker, Medien und Intellektuelle unterbreiten. Europa ist auch insofern weder etwas Gegebenes noch etwas Unveränderliches. Die wiederkehrende Unsicherheit der Europäer über ihre Identität, als die sich etwa die Auseinandersetzung mit dem Islam interpretieren lässt, ist vielmehr ebenso Teil der Dynamik kultureller Selbstbesinnung wie die Solidarität gegenüber den Menschen, die 2022 aus der Ukraine Richtung Westen flohen.

Beide Erfordernisse – die Auseinandersetzung mit dem Zukunftsprojekt »Europa« und mit seinem Identitätsangebot – lenken den Blick zurück in die Geschichte. Nun sind Geschichte und Erinnerung zweierlei. Was die Historiker und Historikerinnen über die Vergangenheit zu Tage fördern, deckt sich in der Regel nicht mit den Erinnerungskulturen und dem historischen Bewusstsein einer Gesellschaft, geschweige denn in Europa. Wenn man gleichwohl einen Grundzug der öffentlichen Auseinandersetzung mit Geschichte in den europäischen Staaten ausmachen möchte, dann diesen: Seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts hat sich das europäische Geschichtsbewusstsein gründlich verschoben. »Zunehmend kehrt Europa«, so bilanzierte der Münchener Zeithistoriker Andreas Wirsching, »einer heroischen Anschauung von Geschichte den Rücken, wie sie im 19. Jahrhundert und im Zeitalter der Weltkriege dominiert hat.«³ Statt Helden zu küren und in vergangenen Kriegen Vorbilder für künftige zu präsentieren, gehen die meisten Europäer auf Abstand zu den dunklen, von Gewalt geprägten Epochen. Kolonialismus und Imperialismus, Erster und Zweiter Weltkrieg, Bolschewismus und Nationalsozialismus: Die Kritik an diesen Kapiteln der Vergangenheit, ihre »Aufarbeitung«, ja »Bewältigung« sind für viele demokratische Geschichtskulturen im postheroischen Europa typisch.

In den einzelnen Ländern verlief und verläuft diese Beschäftigung mit der Vergangenheit allerdings ganz unterschiedlich. In westeuropäischen Staaten wurden spätestens seit den 1980er-Jahren Zweiter Weltkrieg und *Holocaust* in einem engen Zusammenhang gesehen. So verlagerte sich in der Bundesrepublik der Schwerpunkt von der Betrachtung der Deutschen als Opfer auf die Beschäftigung mit den Opfern der Deutschen. In Frankreich löste seit den 1980er-Jahren eine kritische Sicht der Kollaboration mit dem NS-Regime den Mythos ab, dass sich Frankreich überwiegend im Widerstand befunden und am Ende unter der Leitung Charles de Gaulles selbst befreit habe. In den osteuropäischen Staaten bestimmte bis zur Wende um 1990 die marxistisch-leninistische Weltanschauung das offizielle Geschichtsbild. Zwischenzeitlich hat sich hier die Erinnerung an die kommunistische Herrschaft gleichsam zwischen die Gegenwart und Vergangenheit des Zweiten Weltkrieges und der NS-Herrschaft geschoben.

Seit dem Ende des Kalten Krieges gewann zudem häufig eine Lesart an Zustimmung, der zufolge 1945 der Beginn der Befreiung und der Einigung Europas gewesen sei. Davon hätten seit den 1990er-Jahren schließlich auch die osteuropäi-

schen Staaten profitiert. Dieses gemeinsame Verständnis der Vergangenheit hat sich als eine Grundlage für die Versöhnung entpuppt. Zum 60. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie 1944 nahm erstmals ein deutscher Bundeskanzler, Gerhard Schröder, an den internationalen Feierlichkeiten in Caen teil. Auch auf dieser Grundlage gedenken deutsche, britische und französische Veteranen auf nordfranzösischen Soldatenfriedhöfen gemeinsam ihrer Kameraden, die im Zweiten Weltkrieg gefallen sind. In den osteuropäischen Staaten bleibt allerdings der Befreiungsbegriff angesichts der nachfolgenden Besetzung durch sowjetische Truppen umstritten, wie sich zum 70. Jahrestages des Kriegsendes 2015 gezeigt hat.

Doch es wäre eine unzulässige Verkürzung einer europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, wenn man sie auf ein »kurzes«, von 1914 bis 1989 dauerndes Jahrhundert reduzieren wollte. Es wäre irreführend, sie als einen Zeitraum zu begreifen, der in erster Linie von militärischer Gewalt geprägt war, nicht nur während der Weltkriege. Als ein »Zeitalter der Extreme« hat der britische Historiker Eric Hobsbawm diese Epoche mit relativ eindeutigen Anfangs- und Endpunkten bezeichnet⁴. Der Eindruck mag noch dadurch verstärkt werden, dass der Erste Weltkrieg zum 100. Jahrestag seines Beginns regelmäßig als europäische »Urkatastrophe« bezeichnet wurde, die ein kriegerisches Jahrhundert geprägt hat. Dagegen ist an die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen zu erinnern, die über jene auf den Krieg bezogenen Zäsuren hinausreichen. In der Geschichtswissenschaft ist deshalb auch von einem »langen« 20. Jahrhundert die Rede, das aus der Gegenwart weit in das 19. Jahrhundert zurückweist. Die Anfänge der »Hochmoderne«, in der wir leben, reichen bis in die Zeit vor 1914 zurück. Die Geschichte des Handelns, der Erfahrungen und der Erinnerung der Menschen in Europa erschöpft sich nicht in einer Gewaltgeschichte.⁵ Das haben zuletzt die Geschichte der Umwelt, des Massenkonsums, des Sozialstaats oder die neue Geschichte der internationalen Beziehungen gezeigt. Aber nicht nur die zeitlichen Grenzen historischer Untersuchungsräume sind in der Diskussion. Insbesondere ihre räumlichen Grenzen hat die Geschichtswissenschaft seit den 1990er-Jahren weiter gezogen, ja neu definiert.

Einerseits antwortet eine neue »Globalgeschichte« auf die Globalisierung, die sich weltweiten Entwicklungen widmet. Ebenso so anregend ist ein Ansatz, der als »transnationale Geschichte« bezeichnet wird. Beide Ansätze überwinden alte Grenzen, betrachten Beziehungen und Verflechtungen, interessieren sich für inter- und übernationale Organisationen von Staaten und Nichtregierungsorganisationen. Sie erweitern damit ein Blickfeld, das allzu lange auf die (eigene) Nationalgeschichte beschränkt gewesen ist. Eine »Spielart« dieser transnationalen Geschichte zielt auf die »Europäisierung« der Geschichtsschreibung.

Europäische Dimensionen der Geschichte: Das kann nicht eine Geschichte Europas bedeuten, weil Europa als eine historische Einheit nicht existiert. Ganz abgesehen davon gibt es nie die *eine* Geschichte. Und die Geschichte Europas als Geschichte der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union (wie sie seit 1992 heißt) zu schreiben wäre, wie gesagt, eine Verkürzung auf den Integrationsprozess seit 1945. Doch auch viele Geschichten aller europäischen Staaten sind hier nicht gemeint. Denn das liefe nur auf das unverbundene Nebeneinander von Nationalgeschichten hinaus. Zwischen beiden Extremen haben Historiker und Historikerinnen einen Ansatz für eine europäische Geschichtsschreibung entwickelt, dem auch die Beiträge in diesem Band mehr oder weniger ausdrücklich verpflichtet sind. Dabei geht es darum,

Verbindungslinien zu erkennen und nachzuzeichnen, die über nationale Grenzen hinausgehen. Das kann mal festere Formen annehmen, wenn etwa diese Verbindungen durch Organisationen oder Rituale untermauert werden. Das kann aber auch weniger greifbar sein, wenn es zum Beispiel um das Nachahmen von Entwicklungen geht, die als vorbildlich erachtet wurden. »Verflechtungsgeschichte« lautet der Fachbegriff für diese Art der historischen Betrachtung von Beziehungen, Austausch und Übertragung.

In den Brennpunkt der Betrachtung geraten historische Ereignisse, Entwicklungen und Institutionen dann nicht in erster Linie, weil sie eine große Bedeutung für die Militärgeschichte eines bestimmten Landes oder gar *die* Geschichte besitzen. Wichtig sind sie vielmehr deshalb, weil sie auf diese andere, übernationale Dimension hinweisen. Von Interesse sind dabei häufig nicht nur die historischen Ereignisse selbst, sondern auch die vielfältigen Erinnerungen daran. Diese haben ihrerseits historische Wirkungskraft entfaltet und sind insofern ebenso »real« wie das Ereignis, auf das sie sich beziehen. Eine europäische Militärgeschichte zielt deshalb darauf, das militärische Wirkungs- und Beziehungsgeflecht in Europa über längere Zeiträume zu untersuchen. Sie geht von der Annahme aus, dass die Historiker und Historikerinnen nur so dem Handeln und den Erfahrungen der Zeitgenossen gerecht werden können.

Andererseits führt kein Weg an der scheinbar entgegengesetzten Einsicht vorbei: Der Aufstieg des Nationalismus und die Nationsbildungen im 19. Jahrhundert führten dazu, dass sich spätestens im 20. Jahrhundert der Nationalstaat mit voller Wucht durchsetzte. Er prägte maßgeblich die politische Ordnung im Außen- wie im Innenverhältnis: Im Namen nationaler Interessen wurden Bündnisse geschlossen oder Kriege geführt, wurden Menschen als Teil einer »Volksgemeinschaft« anerkannt oder aus ihr verbannt. Das zeigte sich zuletzt in der »Flüchtlingskrise« 2015/16 und nach dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie 2020.

Dieser ungebrochenen Bedeutung des Nationalstaats sollte deshalb eine europäische Militärgeschichte ebenfalls Rechnung tragen. Die Nationalstaaten boten und bieten ihren Bürgern militärischen Schutz. Aus den nationalen Gesellschaften rekrutieren sich die Soldaten für nationale Armeen, häufig durch die allgemeine Wehrpflicht. Das eigene Militär ist bis heute der eigentliche Träger staatlicher Souveränität geblieben. Auf die nationale Geschichte (oder was man dafür hielt) greift die militärische Traditionsstiftung zurück. Das war selbst in den sozialistischen Staaten der Fall, deren Geschichtsbild eigentlich ganz im Zeichen der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse stand. Und um das eigene Militär geht es vor allem, wenn sich eine Gesellschaft über das zivil-militärische Verhältnis verständigt (etwa in der Frage der Wehrpflicht), wenn sie Skandale diskutiert (etwa im Rüstungswesen) oder wenn sie das Militär als modernen Arbeitgeber herausstellt (etwa durch das Werben mit Jobsicherheit und Technikfaszination). »Wir. Dienen. Deutschland« lautet nicht zufällig die Devise, mit der in der Bundesrepublik nach dem Aussetzen der Wehrpflicht 2011 um Freiwillige geworben wurde – der multinationalen »Einsatzwirklichkeit« zum Trotz. Dieser anhaltenden nationalen Orientierung widerspricht nicht, dass die verschiedenen Armeen in internationalen Militärallianzen verbunden oder auf Divisionsebene gar miteinander verflochten sind.

Ein Buch, das Einblicke in Dimensionen der europäischen Militärgeschichte geben soll, muss daher beides berücksichtigen: einerseits die vielfältigen internationalen Beziehungen, transnationalen Verflechtungen und gemeineuropäischen Entwicklungen, andererseits die nationalen Besonderheiten. Die weiterreichende

Aufgabe einer noch zu schreibenden europäischen Militärgeschichte kann der vorliegende Band nur andeuten, nicht lösen: nämlich die spezifisch nationalen und die gemeineuropäischen Entwicklungen der Militärgeschichte in der Zusammenschau zu bündeln und systematisch gegeneinander abzuwägen. Damit erhält auch die historische Bildung in den Streitkräften eine neue Basis.

Für eine Europäisierung der historischen Bildung

Ein europäisches Militärgeschichtsbuch antwortet auf die Nachfrage nach historischer Selbstvergewisserung jenseits des Nationalen. Dieser Bedarf ist auch innerhalb der deutschen Streitkräfte wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Drei Argumente lassen sich unterscheiden:⁶ Erstens wurde und wird auf die historisch-moralische Orientierungsfunktion hingewiesen. Militärische Vorgesetzte müssen immer häufiger Entscheidungen in einem multi-ethnischen und multi-kulturellen Umfeld treffen. Deshalb sei die Kenntnis der europäischen Geschichte eine Voraussetzung dafür, die in der internationalen Sicherheitspolitik verankerte deutsche Politik angemessen einordnen zu können. Eine historische Bildung, die Verständnis für die Vergangenheit jenseits der Nationalgeschichte vermittelt, untermauert aus diesem Blickwinkel die ethischen Grundlagen des Soldatenberufs. Das erweiterte historische Wissen dient als Orientierungshilfe für das eigene Handeln. Das gilt angesichts des sicherheitspolitischen Strukturwandels nicht zuletzt für die Führungsphilosophie der Inneren Führung in den deutschen Streitkräften.

Ein zweites Argument zielt auf die erwähnte Identität und Integration. Das Berufsbild der Soldatinnen und Soldaten wird auch in Zukunft in einem nationen-übergreifenden, europäischen Zusammenhang definiert und verstanden. Deshalb bildet die »europäische Identität« einen Bezugsrahmen, der nicht zuletzt historisch ausgefüllt werden müsse. Schließlich soll, so lautet ein dritter Hinweis, die Fähigkeit der Soldatinnen und Soldaten zur Kritik gegenüber nationalen Geschichtsmythen verstärkt werden. Sie sollten über den Tellerrand einer vor allem deutschen, französischen, polnischen usw. Militärgeschichte hinausschauen. Nur so begreifen sie die Voraussetzungen der eigenen nationalen Geschichtskultur und werden erkennen, dass Geschichte auch instrumentalisiert werden kann – das zumindest ist das Lernziel. Die drei Überlegungen zeigen: Die Deutung der Vergangenheit, das Verständnis der Gegenwart und der Ausblick auf die Zukunft wurden im militärischen Alltag selbst so miteinander verbunden, dass die historische Bildung neue Impulse, neue Vorgaben erhält.

»Tradition« ist eine spezielle Form militärischer Geschichtspolitik, man denke etwa an die »Traditionerlasse«. Sie nimmt die Geschichte als einen Steinbruch, aus dem sie nur die wertvollen Stücke zu Tage fördert. Diese Art des Geschichtsbezuges gaukelt eine Eindeutigkeit vor, die nicht überzeugen kann.⁷ Der Traditionsbegriff, der sich mit der »alten« Bundeswehr verbindet, ist vielmehr selbst als ein Instrument der Führungsphilosophie historisch einzuordnen. Auch das gelegentliche Bemühen, überkommene nationale Traditionsbestände auf ihren Vorbildcharakter für alle zu untersuchen (im deutschen Fall etwa den militärischen Widerstand gegen Hitler) und durch das Herausarbeiten des allgemeinen Wertes zu »europäifizieren«, liefert keinen überzeugenden Ansatz für den Vergangenheitsbezug der Streitkräfte.

Zwischen dem wählerischen Traditionskonzept und der umfassend angelegten Vermittlung historischen Wissens ist vielmehr ein Mittelweg einzuschlagen. So kann die wertebundene Vermittlung von Geschichte in den Streitkräften den neuen Handlungs- und Deutungszusammenhängen von Militärgeschichte im Militär Rechnung tragen. Schon der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann forderte, dass es bei der historischen Bildung in den Streitkräften um die »Befähigung zu einer kritischen Auseinandersetzung mit Traditionen, Berufsbild und Selbstverständnis des Soldaten gehe«. Nimmt man ihn beim Wort, dann kann sich der Geschichtsbezug nicht auf die Vermittlung von traditionswürdigen Segmenten der Vergangenheit beschränken. Wie sollten sich Soldatinnen und Soldaten mit ihnen kritisch auseinandersetzen können, wenn nicht, indem sie diese in größere Zusammenhänge einordnen?⁹

Ein anderer Blick:

Militärische Verflechtungen in Europa seit 1800

Der vorliegende Band soll für den Bereich der Militärgeschichte einen Beitrag dazu leisten, die Vielfalt in Europa herauszustellen, grenzübergreifende Beziehungen beispielhaft herauszuarbeiten und die historischen Traditionen in Europas Streitkräften beleuchten. Das Ziel ist es dagegen *nicht*, einen handbuchartigen Abriss im Zeitverlauf zu bieten. Die Gliederung des Bandes und die Auswahl der Themen folgen daher in erster Linie einem systematischen Kriterium, erst in zweiter Linie einem zeitlichen. Im Folgenden geht es deshalb auch nicht darum, eine Kurzfassung des Inhalts zu liefern. Vielmehr dienen die Hinweise auf die anschließenden Kapitel dazu, die verschiedenen Formen und Inhalte der Verflechtung als Träger einer europäischen Militärgeschichtsschreibung beispielhaft zu verdeutlichen.

Die erläuterte Verschiebung des historischen Blickwinkels eröffnet darüber hinaus neue Einsichten in die Militärgeschichte der vergangenen zweihundert Jahre. Dazu gehört der Wechsel des Standpunktes, von dem aus der Blick auf internationale Ereignisse und Entwicklungen fällt. Für die europäische Geschichte bietet es sich an, das größere Ganze einmal nicht vom Zentrum aus zu betrachten, sondern auch gleichsam von seinem Rande aus. Der Band soll durch die Berücksichtigung Osteuropas und kleinerer Staaten das räumliche Ungleichgewicht ausbalancieren, das sich seit der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts eingeschlichen hat und demzufolge die großen nordwesteuropäischen Staaten bevorzugt behandelt wurden. Die Kapitel mit Ausschnitten aus der Militärgeschichte Estlands und Rumäniens, aber auch der Schweiz sind Beispiele dafür. Ebenso sollen die größeren Staaten im Süden und Norden Europas, die häufig ausgeblendet wurden, hier berücksichtigt werden.

Ein eher chronologisches Kapitel geht zunächst intensiver auf die militärhistorische Entwicklung bis zum Ende des Kalten Krieges ein (I.). Sodann werden die verschiedenen Herangehensweisen in fünf systematischen Teilen gebündelt. Es geht um Kriege und Friedensbemühungen (II.), zivil-militärische Verflechtungen jenseits des Nationalen (III.), die militärische Bedeutung nationaler Selbst- und Fremdbilder (IV.), die Zugehörigkeit nationaler Streitkräfte zu militärischen Bündnissen (V.) sowie den außereuropäischen Zusammenhang, in dem sich die europäische Militärgeschichte bewegt (VI.). Die Teile thematisieren die Bandbreite der Handlungsfelder, die von der



»Der neue Universalmonarch«. Karikatur auf Napoleon. Kolorierte Radierung von Johann Michael Voltz, Nürnberg 1814. Westfälisches Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Münster

Gesellschaft über die Kultur und die Außen- und Sicherheitspolitik bis zum Völkerrecht reichen. Schließlich lenkt ein weiteres eher chronologisches Kapitel den Blick über das Ende des Kalten Krieges hinaus bis zur »Zeitenwende« von 2022 (VII). Hinweise auf weiterführende Literatur zu den einzelnen Teilen finden sich am Ende in einer Auswahlbibliografie, die auf Hinweisen der Autoren gründet.

Zu Beginn skizziert ein Überblick über Grundzüge der europäischen Militärgeschichte (*Georges-Henri Soutou*) die längerfristigen Linien von Kontinuität und Wandel über zwei Jahrhunderte bis zum Ende des Kalten Krieges. Der Aufstieg des Nationalismus, die Industrielle Revolution und die Globalisierung ermöglichten die Radikalisierung der Kriegsführung, während die europäische Tradition des strategischen Denkens mit ihren Leitideen der Bewegung und Vernichtung durch die Verwissenschaftlichung ihre Blütezeit erlebte. Zugleich wandelte sich das Bild des Krieges: Als militärisches Instrument der Politik kam er angesichts der nuklearen Hochrüstung in Europa während des Kalten Krieges kaum noch in Frage.

Im zweiten Teil (»Krieg und Frieden in Europa«) geht es um den ureigenen Gegenstand der Militärgeschichte, der ja von vornherein auf eine Art (häufig negativer)

Verflechtung angelegt ist: um den Krieg und um die Vor- und Nachkriegszeiten. Eine Prägestkraft, die weit über das Kriegsende hinaus reichte, entwickelten die (anti-)napoleonischen Kriege (*Michael Rowe*). Nur drei Jahre nach dem Sturm auf die *Bastille* 1789 führten die französischen Revolutionäre Krieg gegen die europäischen Großmächte. Bis 1815 dauerte der militärische Konflikt in Europa und weit darüber hinaus. Die »Revolutionskriege« oder »Napoleonischen Kriege«, wie sie genannt wurden, stellten dem Umfang und ihrer Intensität nach bisher Dagewesenes in den Schatten. Auf Schlachtfeldern zwischen Lissabon im Westen und Moskau im Osten tobten Schlachten mit mehr als 100 000 Soldaten auf jeder Seite. Im Rückblick erscheint jedoch etwas ganz anderes bedeutsam: Das ideologische Erbe der Revolution, das Konzept einer »Nation in Waffen«, veränderte das Bild des Krieges radikal. Es definierte »Krieg« neu, vor allem das Verhältnis von Armeen und Nationen, von Soldaten und Staatsbürgern. Jeder, der zu einer Nation gehörte, war fortan verpflichtet, sie zu verteidigen. Und so, wie Napoleon Bonaparte den neuen Typus des politischen Generals verkörperte, hingen die allgemeine Wehrpflicht und eine neue, auf politische Teilhabe zielende Vorstellung von Staatsbürgerschaft aufs Engste zusammen.

Ohne diesen ideologischen Wandel wäre »1914/18« nicht zu verstehen. Der Stand der Technik und der Produktionsweise bildeten die Grundlage eines militärischen Gleichgewichts. Weil die Kriegsparteien in großem Umfang die verschiedensten Waffen hergestellt hatten, erwies sich ein Angriff zunächst auf der taktischen, dann auf der operativen Ebene als immer aussichtsloser. Die politisch-moralische Tatsache, dass die Soldaten und die Zivilbevölkerung vieler kriegführenden Staaten »national« organisiert waren, kann erklären, warum der Erste Weltkrieg trotz eines zermürbenden Gleichgewichts so lange dauerte. Weil sie sich als Staatsbürger der jeweiligen Gesellschaft eines Nationalstaats sahen, ließen sich menschliche wie materielle Ressourcen solange für den Krieg mobilisieren. Deshalb auch endete er nicht mit einer Entscheidungsschlacht, sondern mit der Erschöpfung einer Seite (*Roger Chickering*).

Die beiden Weltkriege waren nicht nur aufgrund des globalen Ausmaßes übernational – das liegt auf der Hand. Interessanter ist für unsere Zwecke, beispielhaft Querverbindungen nachzuzeichnen, die verschiedene Kriegsschauplätze verbanden. Für den Zweiten Weltkrieg zeigen zwei zentrale Operationen – die Schlacht bei Stalingrad von September 1942 bis Februar 1943 und die Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 –, wie die Kriegsverläufe in Ost- und Westeuropa miteinander zusammenhingen und in der Rückschau im Zusammenhang gedeutet wurden. Heutzutage gelten beide Schlachten als Wendepunkte des Krieges, in denen sich die Niederlage des nationalsozialistischen Regimes abzeichnete. Tatsächlich zeigt sich in dieser weitverbreiteten Deutung eher der Wunsch, in der Vergangenheit den Kampf des Guten gegen das Böse in einer leicht zu vermittelnden Weise darzustellen. Mit der historischen Wirklichkeit hat das weniger etwas zu tun, fällt doch die militärhistorische Bedeutung der beiden Großereignisse kleiner aus (*Jean-Luc Leleu*).

In den folgenden vierzig Jahren teilte der »Eiserne Vorhang« Europa in zwei Bereiche, die sich aufgrund ihrer unvereinbaren Staats- und Gesellschaftsordnung unterschieden und entgegengesetzten Militärbündnissen, der NATO und dem Warschauer Pakt, angehörten. Kaum war der Zweite Weltkrieg vorbei, sprachen die Menschen von einem »Kalten Krieg« zwischen den kapitalistischen, zum größten Teil parlamentarisch-demokratischen Staaten unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika auf der einen und den Diktaturen der kommunistischen Parteien unter

der straffen Leitung der Sowjetunion auf der anderen Seite. Es war ein Systemkonflikt zwischen zwei sich einander ausschließenden, auch missionarischen Alternativen für eine neue Weltordnung, die das Machtvakuum nach der Niederlage Deutschlands und Japans füllen sollte. Es war ein nahezu totaler Kalter Krieg, der in allen Bereichen der Gesellschaft geführt wurde: ideologisch, politisch, wirtschaftlich, kulturell und militärisch – durch die konventionelle und atomare Hochrüstung wie auch die Bereitschaft und Fähigkeit, große Armeen im Kriegsfall zu mobilisieren. Nahezu total war dieser Konflikt, weil die letztmögliche Waffe – die Atombombe – ständig wie ein Damoklesschwert über Europa und der Welt hing. Diese besondere Lage führte dazu, dass der Kalte Krieg eine ganz eigene »Logik« besaß, für die Widersprüche typisch waren. Widersprüchlich war vor allem, dass sich beide Seiten darauf vorbereitet hatten, den Gegner zu vernichten – das aber auf alle Fälle vermeiden wollten und mussten, wenn sie dem nuklearen Inferno entgehen wollten. Paradox war auch, dass beide Seiten sich gegenseitig von Grund auf so misstrauten, dass sich die eigene Sicherheitspolitik nach den *möglichen* Fähigkeiten des Gegners richtete. Hier spielte die wechselseitige Wahrnehmung eine entscheidende Rolle. Zur »Logik« des Kalten Krieges gehörte schließlich der »Rüstungswettlauf«, der sich ebenfalls als ein Rückkopplungsprozess zwischen den beteiligten Staaten und Blöcken verstehen lässt – und letztlich zum Zerfall des Ostblocks führte (*Jan Hoffenaar*).

Die zwei Systeme waren insofern durch *eine* Logik verbunden. Zu konkreten Kontakten führte fast 30 Jahre nach Kriegsende eine Reihe von blockübergreifenden Konferenzen europäischer Staaten, die vor allem auf Initiative des Warschauer Pakts ab dem 3. Juli 1973 in Helsinki stattfand. Diese »Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE, seit 1995 »Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE) setzte auf eine Absichtserklärung: die Schlussakte von Helsinki. Dieser Verständigungsprozess war nicht nur für das Verhältnis der europäischen Staaten untereinander von Bedeutung; das hat die Geschichte der internationalen Beziehungen gut herausgearbeitet. Wie das internationale Geschehen auf eine nationale Staats- und Gesellschaftsordnung zurückwirkte, zeigt sich beispielsweise, wenn wir den Blick von den Großmächten und vom Zentrum weg zum südosteuropäischen Rand Europas wenden. Schaut man zur Abwechslung auf einen kleineren Unterzeichnerstaat wie das kommunistische Rumänien, zeigt sich, wie dessen Diktator Nicolae Ceaușescu das außenpolitische Forum der KSZE zu dem einen innenpolitischen Zweck nutzte: seine eigene Macht und seine relative Unabhängigkeit von der Sowjetunion zu sichern (*Carmen Rijnoveanu*).

Das Recht bildet jedenfalls eine grenzübergreifende Verbindungsebene. Mag es sich auf den ersten Blick um ein trockenes Thema handeln: Die Geschichte der internationalen Verrechtlichung von Krieg und Frieden spiegelt sowohl innergesellschaftliche als auch außenpolitische Entwicklungen wider. Gewalt ist Kernbestandteil eines jeden Krieges. Ihre Ausübung ist jedoch Normen, Regeln und schließlich auch internationalen Gesetzen unterworfen. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schlossen Staaten eine Vielzahl von Verträgen, um Verstöße einzuhegen und gegebenenfalls sogar zu bestrafen: die erste Genfer Konvention von 1864, die Brüsseler Deklaration von 1874, die Haager Landkriegsordnungen von 1899 und 1907 sowie die Überarbeitungen der Genfer Konventionen bis heute. Als problematisch erwiesen sich seitdem mögliche Verstöße gegen diese Normen. Das betraf zum Beispiel die

Behandlung von Kriegsgefangenen, die Stellung von irregulären Kämpfern oder die Geisel- und Repressalmaßnahmen.

Das Völkerrecht konnte zwar Kriegsverbrechen nicht verhindern, wie die europäischen Kriege gezeigt haben. Seit 2022 steht die ukrainische Stadt Butscha, ein Vorort von Kiew, wie kaum ein anderer Ort für Gräueltaten an der Zivilbevölkerung. Es bildete und bildet aber bis heute einen wichtigen Bezugsrahmen, ohne den Kriege weitaus grausamer ausgefallen wären. Hatte man nach dem Ersten Weltkrieg die Verfolgung von Gesetzesbrüchen noch den einzelnen Nationalstaaten überlassen, setzten die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse nach dem Zweiten Weltkrieg neue Standards der Rechtsprechung. Einerseits führten die damaligen Siegermächte eine neue Rechtskategorie ein (»Verbrechen gegen die Menschlichkeit«), und andererseits wurden massive Verstöße gegen geltendes Recht erstmals auf internationaler Ebene verhandelt. Diese Tendenz hat sich nach den Jugoslawienkriegen in den 1990er-Jahren weitgehend durchgesetzt: Seit dem 1. Juli 2002 ist der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) mit Sitz in Den Haag (Niederlande) für Delikte des Völkerstrafrechts zuständig. Noch während des Krieges, im März 2022, sicherten seine Ermittler die Spuren von Kriegsverbrechen in der Ukraine (*Peter Lieb*).

So wie das Recht ist auch der »Frieden« ein internationaler Begriff. Frieden kann es nur zwischen Staaten geben; den Weltfrieden gar forderten die Pazifisten. In Europa gilt die Friedensbewegung, die sich hier im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bildete, vielen als Wegbereiter einer gesamteuropäischen Zivilgesellschaft, wie sie sich vor allem seit den 1970er-Jahren herausgebildet hat. Schaut man auf die Friedensbewegungen der verschiedenen europäischen Länder, zeigen sich erneut Querverbindungen. Die jeweiligen nationalen Debatten über Krieg, Militär, Sicherheit und Frieden standen in einem transnational-europäischen Zusammenhang. Das betraf Netzwerke der Organisation ebenso wie typische Muster der politischen Argumentation. Nicht als ein einheitlicher europäischer Akteur, sondern als Akteure in Europa lassen sich die Friedensbewegungen verstehen. Ihre rhetorische Stoßrichtung ging über nationale Grenzen weit hinaus. Ihre historische Prägung verdankten sie dagegen der jeweiligen nationalen Geschichte militärischer Gewalt (*Holger Nehring*).

Der *dritte Teil* (»Militärisch-zivilgesellschaftliche Verflechtungen«) nimmt diesen zivil-militärischen Aspekt auf. Es geht gleichsam um eine doppelte Verbindung: Die Betrachtung verknüpft den Brückenschlag zwischen Militär und ziviler Gesellschaft mit der trans- und internationalen Perspektive. Das betrifft zunächst die Entstehung des »militärisch-industriellen Komplexes«: das Verhältnis von Militär, Rüstungsfirmen und dem Staat, der nicht nur die Produktion von Waffen, Panzern und Flugzeugen in Auftrag gibt, sondern auch Rüstungsforschung finanziert und durch seine Gesetzgebung Waffenexport ermöglicht oder verhindert. Die Wege der Entscheidungsfindung im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit waren und sind nicht immer deutlich erkennbar; an Skandalen mangelt es in der Geschichte der Verquickung von Industrie, Politik und Wissenschaft nicht (*Michael Epkenhans*).

Die militärisch-zivile Verbindung kommt auch in Bürgerkriegen zum Ausdruck, die sich von den Staatenkriegen nicht nur als Kriegstypus unterscheiden. In unserem Zusammenhang sind sie aber aus einem anderen Grund aufschlussreich für eine grenzübergreifende Militärgeschichte. Wenn sie auch auf binnengesellschaftliche Konflikte zurückgingen, entfalteten sie doch eine Sogwirkung auf Politik und Militär in anderen Ländern und hatten Auswirkungen auf andere Staaten. Der Russische

Bürgerkrieg von 1917 bis 1922 – eine Folge der Russischen Revolution – lässt sich nicht mehr allein als ein Konflikt zwischen den »Roten« (den *Bolschewiki*) und den »Weißen« (ihren Gegnern) betrachten. An den militärischen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet des ehemaligen Russischen Reiches beteiligten sich vielmehr unterschiedliche Parteien: erstens die im Entstehen begriffene Rote Arbeiter- und Bauernarmee, zweitens die verschiedenen militärischen Formierungen der »Weißen«, die sowohl von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges als auch von Deutschland unterstützt wurden, drittens Partisanentruppen (die so genannten Grünen), die oft eine eigene (lokale) Agenda verfolgten, sowie viertens die verschiedenen nicht-russischen nationalen Armeen, die vor allem in Ostmitteleuropa das Ausscheren aus dem imperialen Staatsverband militärisch sichern wollten. In diese Zeit fällt auch die Gründung der Ukrainischen Volksrepublik, deren Unabhängigkeit Lenin 1917 anerkannte. Der Kampf um Petrograd, wie die alte Hauptstadt Sankt Petersburg von 1914 bis 1924 hieß, unterstreicht die entscheidende militärische Rolle der ehemaligen Nationalitäten, der Finnen, Esten und Letten, die dem Reich einst angehörten. In allgemeiner Hinsicht betont das Beispiel den Einfluss der besonderen mentalen, kulturellen und gesellschaftlichen Bedingungen auf den militärischen Konflikt (*Karsten Brüggemann*).

Im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Staaten beteiligte sich Spanien nach den Napoleonischen Kriegen nicht an europäischen Kriegen, die das Nationalbewusstsein seiner Bevölkerung geprägt hätten. Hier entwickelte sich vielmehr eine »Bürgerkriegskultur«. Die zunehmende Spaltung der spanischen Gesellschaft erreichte während der Zweiten Spanischen Republik in den 1930er-Jahren einen kritischen Punkt. Doch den Bürgerkrieg stellten beide Konfliktparteien als das Ergebnis eines Konflikts zwischen Faschismus und Kommunismus dar – und gaben ihm so eine europäische Dimension. In ganz Europa wurden Freiwillige mobilisiert. Mehr noch als im russischen Fall wurde der Spanische Bürgerkrieg insofern zu einem nationalen Konflikt internationalen Ausmaßes. Eine innergesellschaftliche Krise geriet zu einem europäischen Ereignis. Aus der Erfahrung des Bürgerkrieges und der Diktatur erwuchs unter den Spaniern ein überwältigender Wunsch nach Demokratie, Modernisierung und Europäisierung (*Carsten Humlebaek*).

Zu den übergreifenden Entwicklungen in der Militärgeschichte zählt der Wandel der Wehrverfassung. Das Kantonsystem des Preußen-Königs Friedrich Wilhelm I., vor allem aber die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Französischen Revolution 1789 leitete in den meisten europäischen Staaten den Übergang zur modernen Wehrverfassung ein. Neben die langdienenden Berufssoldaten traten Wehrpflichtige, die für eine begrenzte Zeit mobilisiert wurden. Nur in der Schweiz existiert bis heute ein »Milizsystem«: Männer, die zivile Berufe ausüben, werden in einem bestimmten Zeitraum für einige Wochen im Jahr zum Wehrdienst eingezogen (*Rudolf Jaun*).

Ganz anders die französische Fremdenlegion. Sie formte Männer aus verschiedenen Staaten in ihren Reihen zu einer multinationalen Söldnerarmee. Die Fremdenlegion ist wohl das markanteste Beispiel für die »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« auch in der Militärgeschichte. Hier überdauerte der frühneuzeitliche Typus der multinationalen Söldnerformation in einem durch nationale Wehrpflichtigenarmeen gekennzeichneten Zeitalter. Weniger außergewöhnlich erscheint dieses Phänomen, wenn man die Fremdenlegion mit anderen Truppen der europäischen Kolonialmächte vergleicht, die im 19. und 20. Jahrhundert in Übersee eingesetzt wurden. Einzigartig blieb die Legion

aber bis in die 1960er-Jahre insofern, als sie sich nur aus Europäern rekrutierte. Die wechselnde Zusammensetzung der Nationalitäten und ihr Zusammenleben in der Legion bargen für die französische Führung so manche Probleme (*Eckard Michels*).

Das militärische Handwerk bot einen gemeinsamen Nenner, der militärische Zusammenarbeit über (Sprach-) Grenzen hinweg möglich machte. Dieses soldatische Selbstverständnis, das auf einer gemeinsamen Profession beruhte, erklärt auch, warum nach dem Zweiten Weltkrieg just jene Soldaten, die sich eben noch bekämpft hatten, als Vorreiter der internationalen Versöhnung taugten. Bereits in den 1950er-Jahren entwickelten sie Netzwerke über Staatsgrenzen hinweg, wie das deutsch-französische Beispiel eindrucksvoll zeigt. Überkommene Feindbilder verloren langsam, aber stetig ihre Wirkungskraft (*Christiane Wienand*).

Selbst- und Fremdbilder stehen im Mittelpunkt des *vierten Teils*. Welche Bilder hatten die Soldaten von sich selbst, welche von ihren Gegnern? Welche Rolle spielten Medien für die Vermittlung von Vorstellungen? Wie hing und hängt unser Bild der Vergangenheit mit den vorangegangenen Gewalterfahrungen zusammen? Auch hier reicht das Themenfeld räumlich über nationalgeschichtliche Grenzen weit hinaus und zeitlich bis in die Jahre der Revolutions- und Napoleonischen Kriege um 1800 zurück. Nimmt man den Ersten Weltkrieg als Beispiel, ist die Gräuelpropaganda an der Westfront am ehesten bekannt. Lenkt man erneut den Blick auf Osteuropa, wird auch hier die Bedeutung des »Krieges der Geister« deutlich. So nannten die Zeitgenossen die furchtbaren Hasstiraden, mit denen sich berühmte Schriftsteller, Gelehrte und Künstler überzogen. Berauscht von nationalistischer Euphorie, lieferten Intellektuelle die Kampfbegriffe der geistigen Mobilmachung. Das gilt für Russland, aber auch für jene Nationalbewegungen, die wie der »Bund zur Befreiung der Ukraine« nach Eigenstaatlichkeit strebten. Hier, wo der militärische Konflikt vom Balkankrieg 1912 bis in die frühen 1920er-Jahre dauerte, entwickelten Intellektuelle Feindbilder, ohne welche die militärische Gewalt in Mittel- und Osteuropa unverständlich bliebe. Als »Verräter« brandmarkte die russische Propaganda beispielsweise die Russlanddeutschen, die Tschechen und Juden im Lande – auch wenn sie als Soldaten für Russland kämpften. Selbst die 1703 gegründete Hauptstadt klang plötzlich zu deutsch: Aus Sankt Petersburg wurde Petrograd. Barbaren!, Hunnen! – So wurden die Deutschen in diesem Kulturkrieg verteufelt (*Maciej Górny*).

Doch die kulturelle Dimension des Krieges erschöpft sich keineswegs in plumper Feindpropaganda. Auch wenn es zunächst paradox erscheint: Zum militärischen Konflikt gehörte die Musik, und zwar nicht nur das Schlachtlied und die Marschmusik. Insbesondere die Musik im Radio und von der Schallplatte prägte im Zweiten Weltkrieg Millionen Soldaten. Dabei war Musik nicht nur eine nationale Waffe, sondern auch ein internationales Instrument der Verständigung. Die Berliner Philharmoniker gingen auf Tournee, und ein deutscher Schlager wie »Lili Marleen« entpuppte sich als erfolgreiches Exportprodukt, bis heute (*Sven O. Müller*).

Zur Kultur des Krieges zählt schließlich die Kriegserinnerung. Wie der »Erinnerungsboom« seit den 1990er-Jahren gezeigt hat, fasziniert die »Geschichte zweiten Grades« nicht nur die Experten. Wie hat sich die Vergegenwärtigung von Vergangenheit gewandelt? Auf welchem Wege haben sich bestimmte Formen und Inhalte der Erinnerung verändert? Weil Kriegserfahrungen zu den nachdrücklichsten, ja traumatisierenden Ereignissen zählen, betreffen diese Fragen nicht zuletzt die

Militärsgeschichte. Für diesen Band werden drei unterschiedliche Felder der Kriegserinnerung in den Blick genommen.

Erstens sind es die ehemaligen Schlachtfelder in West- und Osteuropa, die seit geraumer Zeit als »Erinnerungsorte« dienen, um mit dem französischen Historiker Pierre Nora zu sprechen. Der Fachbegriff, der längst seinen Weg in die Alltagssprache gefunden hat, geht von der Idee aus, dass sich das »kollektive Gedächtnis« einer Gruppe an bestimmten Orten verdichtet und kristallisiert. Ein solcher Ort ist nicht nur geografisch gemeint, sondern kann Institutionen, Ereignisse oder Gegenstände bezeichnen, deren symbolische Bedeutung für diese Gruppe Identität stiftet. Eignen sich Schlachtfelder als Lern- und Erinnerungsorte, an denen europäische Geschichte vermittelbar wird? Wenn man dazu den Blick noch einmal in die Normandie und nach Wolgograd (ehem. Stalingrad) richtet, zeigen die Denkmäler, Museen und Soldatenfriedhöfe, aber auch der Zustand der authentischen Spuren der Schlachten, wie die Kriegsereignisse der Vergangenheit präsent gehalten wurden. Zugleich ist das wirtschaftliche Interesse der betroffenen Regionen nicht zu übersehen: Schlachtfelder als Reiseziele der »Histouristen«. Diese historisch interessierten Touristen konkretisieren nationale Kriegserinnerung durch internationalen Kontakt (*Bernd Mütter*).

Zweitens verläuft über die Generationenfolge ein Weg, Erfahrungen von Gewalt über einen längeren Zeitraum wachzuhalten. Nicht der Nationalstaat bildet hier den Rahmen für das kollektive Gedächtnis, sondern die Familie. Über mehrere Generationen vermittelten deren Angehörige konkrete Kriegserfahrungen bis weit in den Kalten Krieg hinein. Wie dieses »Erbe« aussah, hing einerseits davon ab, ob man während des Krieges Mitläufer, Kollaborateur oder Täter oder etwa im Widerstand aktiv war. Aber auch die jeweilige politische, gesellschaftliche und kulturelle Lage beeinflusste in der Nachkriegszeit die Erinnerungen. Das gilt nach 1918 wie nach 1945. Besonders spannend ist es, Personengruppen zu betrachten, die an verschiedenen Orten in Ost- und Westeuropa gelebt haben. Briefe und Tagebücher sind hervorragende Quellen für einen solchen militärgeschichtlichen Ansatz (*Mary Fulbrook*). Diese Nahsicht auf den Platz von Krieg und Militär im historischen Bewusstsein Einzelner steht jenem Zugriff auf die Militärgeschichte gegenüber, der Staaten als Akteure zum Untersuchungsgegenstand nimmt.

Drittens prägen die Medien unsere Vorstellungen von vergangenen Kriegen. Ein Kinofilm von Steven Spielberg erreicht ein viel größeres Publikum als das Fachbuch eines Militärhistorikers. Kriegsfilm sind daher seit ihrem Boom in den 1950er-Jahren zentrale Medien der Erinnerungskultur. Sie personalisieren und dramatisieren Geschichte. Eine durchschaubare Handlung mit einer überschaubaren Zahl von Personen machen komplizierte historische Konflikte anschaulich. Ihre Regisseure greifen auf Klischees zurück und bekräftigen vorherrschende Überzeugungen. Dabei verzerren sie das Kriegsbild, weil sie auf *Action* setzen und die Langeweile ausblenden. Schwarz-Weiß-Malerei stellt das Böse dem Guten gegenüber; für Grautöne – etwa die Kollaborateure in europäischen Ländern – bleibt da kaum Platz. So unterschlägt der Kriegsfilm aus Hollywood zumeist den Rassismus in den US-Streitkräften zugunsten eines harmonischen Bildes nationaler Geschlossenheit. Filme wie »Der längste Tag«, »Patton« oder »Die Brücke von Arnheim« stellten die kriegsentscheidende Rolle der Amerikaner heraus und spielten die Bedeutung der Sowjetunion weitgehend herunter (*Andreas Etges*).

Der *fünfte Teil* thematisiert militärgeschichtliche Verflechtungen auf dieser außen- und sicherheitspolitischen Ebene. Militärallianzen als Ausdruck einer (vor-

übergehenden) internationalen Verbindung bildeten daher schon früh einen eigenen Forschungsgegenstand. Die Bündnissysteme europäischer Staaten prägten das Kriegsgeschehen bis 1945. Möglich wurden diese Bündnisse, weil sich die militärischen Strukturen in den europäischen Staaten vergleichsweise ähnlich waren. Koalitionen konnten sich vor allem dort zu effektiven Instrumenten der Kriegführung entwickeln, wo kulturelle Unterschiede die Kommunikation der militärischen Eliten nicht allzu sehr behinderten. Starke Führungspersönlichkeiten im eigenen Lager, aber auch ein gemeinsames Feindbild trugen vom frühen 19. Jahrhundert bis 1945 dazu bei (*Günther Kronenbitter*).

Durch Integration zur Sicherheit: Das war nachgerade ein Leitmotiv der Außen- und Sicherheitspolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (*Massimo de Leonardis*). Die Harmonie, die das »Europäische Konzert« (Klemens Wenzel Fürst von Metternich) der Großmächte zwischen 1815 und 1914 suchte, ging mit frühen Visionen der »Vereinigten Staaten von Europa« einher. Auch die nationalsozialistische Utopie eines »arisch« beherrschten Europa und die verzerrende Darstellung der Waffen-SS als einer internationalen Truppe gehört in diesen Zusammenhang. Nach 1945 war klar: Ein europäischer Zusammenschluss, nun aber auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage, bildete die Voraussetzung dafür, neben den Großmächten USA und UdSSR noch eine Rolle auf der internationalen Bühne spielen zu können. Hinzu kam die Skepsis derer, die in den Nationalstaaten alten Typs die Quelle für neue Konflikte sahen und deshalb auf eine europäische Föderation setzten. Für Westeuropa bot die Nordatlantische Allianz (NATO) den (nuklearen) Schutzschirm für jene Staaten, die sich 1954 als Westeuropäische Union (WEU) zusammengeschlossen hatten.

Unmittelbar zuvor war der erste Anlauf zu einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in den Jahren 1952 bis 1954 gescheitert, weil die französische Nationalversammlung dem Vertragswerk seine Zustimmung versagt hatte. Wie konnte man Westdeutschland wiederbewaffnen, ohne dass man Angst vor einem erneuten deutschen Waffengang haben musste? Die Idee, (west-)deutsche Truppen in eine Europäische Armee einzugliedern, deren übrige Kontingente im Gegensatz zur Bundesrepublik aus einer bereits bestehenden, auch weiterhin eigenständigen Armee rekrutiert werden konnten, reichte Mitte der 1950er-Jahre auf französischer Seite nicht, um Ängste zu zerstreuen (*Corine Defrance/Ulrich Pfeil*).

Mit der Verschärfung des Ost-West-Konflikts spiegelten NATO und Warschauer Pakt den Systemkonflikt auf militärischer Ebene wider. Dabei kam es nicht nur zu Spannungen zwischen den Bündnissen. Der systematische Vergleich zeigt: Auch untereinander machten sich die Bündnisstaaten das Leben nicht immer leicht. Neben der militärischen Funktion hatte das westliche Bündnis unter anderem die Aufgabe, den Zusammenhalt seiner Mitgliedstaaten zu stärken. Über allem stand die Frage nach dem Einfluss der jeweiligen Supermacht USA bzw. UdSSR. Nach den russischen Überfällen auf die ehemaligen Mitgliedstaaten Georgien 2008 und Ukraine 2022 muss die NATO ihren Bündniszweck neu definieren (*Winfried Heinemann*).

Für eine *europäische* Militärgeschichte bleibt daher zweierlei festzuhalten. Zum einen haben die Militärbündnisse nach 1945 die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten – sowohl innerhalb eines Lagers als auch blockübergreifend – geprägt; zum anderen weist vor allem das Nordatlantische Bündnis – weil es auch die Aufgabe hatte, die politische Integration der Mitgliedstaaten voranzutreiben – auf die Einbettung Europas in die außereuropäische Militärgeschichte.

Der *sechste Teil* soll deshalb einem Risiko begegnen, das sich aus dem besonderen Interesse an einer europäischen Geschichtsbetrachtung ergibt. Kritiker sprechen von einer »eurozentrischen« Sichtweise, die so tut, als könne man europäische Geschichte wie einen separaten Bereich der Vergangenheit betrachten, weil er unabhängig von anderen Einflüssen geblieben ist. In der Tat kann das Bemühen, über den nationalgeschichtlichen Tellerrand hinauszuschauen und »Europa« als ein historisches Netzwerk zu betrachten, dazu führen, außereuropäische Verbindungen zu ignorieren. Deshalb sollen drei »Seitenblicke« dieser – offenkundig irreführenden – Verzerrung entgegenwirken. Geht es in der Hauptsache um Militärgeschichte als (inner-)europäische Verflechtungsgeschichte, stehen jetzt Querverbindungen und Wechselbeziehungen im Vordergrund, die »Europa« seinerseits zum Ausgangspunkt oder Ziel von Verbindungen mit den Großmächten oder kleineren Staaten auf anderen Kontinenten gemacht haben.

Erstens ist die Militärgeschichte der USA des 18., vor allem des 19. Jahrhunderts ohne die Orientierung an europäischen Vorbildern nicht denkbar. Die Professionalisierung amerikanischer Soldaten richtete sich nach Modellen, die den Soldaten als Bürger in Uniform oder als taktisch versierten Techniker entwarfen. Mit der Nationalisierung des Krieges im 19. Jahrhundert glichen sich die Entwicklungen weiter an. So besaß etwa die französische Armee große Bedeutung für die amerikanische Militärakademie; das napoleonische Leitbild der Entscheidungsschlacht beherrschte den Amerikanischen Bürgerkrieg von 1861 bis 1865. Dort zeigten sich die Anfänge einer totalen Kriegführung, wie sie wiederum die europäischen Kriegsschauplätze der Weltkriege prägten. Führende amerikanische Militärtheoretiker griffen auf die Ideen zurück, die ihre preußischen und britischen – und nicht mehr französischen – Kollegen zum strategischen Denken, zu Befehls- und Organisationsstrukturen entwickelt hatten. Durch die Erfahrungen im Zeitalter der Weltkriege wurden die USA schließlich zu einem militärischen Machtfaktor in Europa bis heute. Unterbrochen von dem Rückzug in der Amtszeit von Donald Trump 2017–2020, trat die Annäherung zwischen einem Großteil Europas und den USA mit dem Ukrainekrieg in eine neue Phase (*Donald Abenheim*).

Zweitens war Russland bzw. von 1922 bis 1991 die Sowjetunion die andere Supermacht. Gestützt auf enorme territoriale und personelle Ressourcen, hatte das Land eine Politik betrieben, die militärische Gewalt androhte und einsetzte. Als ein zentraler Akteur hat Russland/die UdSSR die europäische Militärgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert geprägt: von der Beteiligung an den antifranzösischen Koalitionen und am »Vaterländischen Krieg« gegen Napoleon 1812 über den Ersten Weltkrieg bis zum »Großen Vaterländischen Krieg«, wie der Zweite Weltkrieg noch heute in Russland genannt wird. Die zeitliche Begrenzung auf den deutsch-sowjetischen Krieg von 1941 bis 1945 blendet aus, dass Stalin und Hitler 1939 einen Grenz- und Freundschaftsvertrag geschlossen hatten. Als Führungsmacht des Warschauer Vertrages prägte die UdSSR schließlich den »Kalten Krieg« bis zu ihrem Zerfall 1990/91 (*Boris Khavkin*).

Drittens geht es um die auch künftig brennende Frage, inwiefern nicht zuletzt europäische Armeen im Zuge »humanitärer Interventionen« militärisch eingreifen sollen und können. (*Matthew Jamison*). Die Geschichte dieser Interventionen lässt sich daher ebenfalls als Versuch lesen, einer eurozentrischen Sicht der Militärgeschichte entgegenzuwirken.

Wie eine Klammer um die systematischen Teile II bis VI schreiben schließlich die Beiträge zur Auflösung Jugoslawiens und zum Niedergang der regelbasierten

Friedensordnung in Europa drei Jahrzehnte später die chronologische Entwicklung fort, über das Ende des Kalten Krieges hinaus bis zum Bruch der internationalen Friedensordnung durch den russischen Angriff auf die Ukraine 2022. Das Kriegsbild änderte sich mit den Jugoslawienkriegen in den frühen 1990er-Jahren (*Leopoldo Nuti*). Der Krieg in Bosnien-Herzegowina, dann im Kosovo hat, so lautet das Argument, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wie auch die spätere GSVP in erster Linie geprägt. Die Intervention auf dem Balkan, welche die Rolle der NATO stärken sollte, führte unter den Europäern zu der Auffassung, dass sie ihre eigene militärische Zusammenarbeit intensivieren mussten. Nichts ließ diese Einsicht dringender erscheinen als die gewaltsame russische Expansion, die mit dem sogenannten 5-Tage-Krieg in Georgien 2008 und mit dem am 24. Februar 2022 vom Zaun gebrochenen Krieg gegen die Ukraine ihren bisherigen Höhepunkt fand (*Tim Geiger*).

Ein Fazit

Als Fazit dieser Überlegungen bleibt: Angesichts des Bruchs der internationalen Ordnung 2022 muss die europäische Sicherheitspolitik neu ausgehandelt und die Rolle der EU als eines sicherheitspolitischen Akteurs neu definiert werden. Deshalb besitzt eine historische Selbstvergewisserung der Streitkräfte, die nicht länger nationalgeschichtlich fixiert ist, wachsende sicherheitspolitische Bedeutung. Ein älterer Traditionsbegriff, der wie in der »alten« Bundeswehr normative Geschichtsbezüge regeln sollte, ist für eine wertgebundene Vermittlung von historischem Denken im europäischen Kontext ebenso wenig geeignet wie eine umfassende, auf die »eigene« militärische Vergangenheit bezogene historische Bildung oder die Aneinanderreihung mehrerer nationaler Militärgeschichten. Weiter führt dagegen, so lautet die These, eine ergänzende und vermittelnde Position. Sie lässt den engen Traditionsbegriff mit dem Ziel eines gesamteuropäisch angelegten historischen Denkens hinter sich. Dieses Denken ist gleichermaßen normativ gebunden (nichts anderes kommt nach der Verfassung in Frage) und trifft ebenfalls eine Auswahl aus der Vergangenheit (wie das in der Geschichtsschreibung zwangsläufig der Fall ist), ohne das eventuelle Ziel einer europäischen Identität in die Vergangenheit zu übertragen. Mit der methodischen Anleihe bei der Geschichtswissenschaft jenseits des Territorialprinzips zielt dieser Band daher erstmals auf die Integration europäisch-vergleichender, transfergeschichtlicher und transnationaler Ansätze im Bereich der Militärgeschichte und ihre zielgruppengerechte Darstellung durch internationale Kooperation.

Anmerkungen

- 1 Juncker fordert eine europäische Armee. In: *Zeit online*, 8.3.2015 (15.4.2015).
- 2 So lautet das Fazit von Wilfried von Bredow und Gerhard Kümmel, *Das Militär und die Herausforderung globaler Sicherheit. Der Spagat zwischen traditionellen und nicht-traditionellen Rollen*, Strausberg 1999 (= Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, SOWI-Arbeitspapier, 1999, Nr. 119), S. 24.
- 3 Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012, S. 377 f.
- 4 Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995.
- 5 Vgl. Christoph Cornelißen, *Vom Schreiben einer Geschichte Europas*. In: *ZeitRäume*. Potsdamer

Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung 2012/2013. Hrsg. von Frank Bösch und Martin Sabrow, Göttingen 2013, S. 65-86.

- 6 Vgl. insbesondere die programmatischen Überlegungen des ehemaligen Kommandeurs des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (vorm. MGFA): Hans-Hubertus Mack, Prolegomena für ein europäisches Geschichtsbuch für Soldaten. In: Gneisenau Blätter 7 (2008) S. 87-97; ders., Historische Bildung und Erziehung in deutschen Streitkräften. In: Gneisenau Blätter, 5 (2007) S. 51-67.
- 7 Weisung zur Intensivierung der Historischen Bildung in den Streitkräften – BMVg GenInsp/Fü S I 7 – Az 35-20-01 vom 2.3.1994.